

„Der Staat ist reich, und die Kinder hungern“

Bahnt sich im Osten Usbekistans die nächste postsowjetische Revolution an?

Anfang Mai endete ein Umsturzversuch im ostusbekischen Andischan mit einem Blutbad. Während Präsident Karimow die Aufständischen als religiöse Extremisten brandmarkt, sprechen sich Demonstranten in der kirgisisch-usbekischen Grenzstadt Kara-Su vehement gegen Fundamentalismus und Gewalt aus.

Christian Weisflog, Jens Mühlung

Weit und breit sind keine Sicherheitskräfte zu sehen, alles scheint ruhig. Zwar haben viele Verkaufsstände aus Furcht vor Unruhen geschlossen, aber trotzdem sind die Straßen voller Menschen. Am Wegrand stehen drei ausgebrannte Autowracks, einer davon ein Armee-Jeep. Kinder bestaunen die metallenen Kadaver und springen auf ihnen herum. Es sind bewegende Szenen, die sich derzeit in Kara-Su abspielen, einer kleinen Stadt an der kirgisisch-usbekischen Grenze. Als vor drei Jahren auf Geheiß des usbekischen Präsidenten Karimow zwei Brücken über den Grenzfluss Kara-Diara gesprengt wurden, war die Stadt im ethnisch durchmischten Fergana-Tal plötzlich in zwei Teile geteilt. Verwandte und Freunde konnten sich nicht mehr besuchen, wer dennoch auf die andere Seite wollte, musste die Grenze bestechen. Viele Menschen seien bei dem Versuch, den Fluss zu durchschwimmen, ertrunken, berichten Anwohner.

Als die Nachricht von den Aufständen im unweit gelegenen Andischan eintraf, versammelten sich auch in Kara-Su die Menschen zu Demonstrationen. Spontan flikten sie eine der zerstörten Brücken, und jetzt liegen sich Menschen in den Armen, die sich seit Jahren nicht gesehen haben. Achmedschan, ein alter Mann aus dem usbekischen Teil der Stadt, hat Tränen in den Augen. Stolz zeigt er seinen Ausweis: Heute ist sein 65. Geburtstag, und dank der Brücke kann er ihn mit seinen Verwandten in Kirgisien feiern.

Nachdem die ersten Horrormeldungen aus Andischan eintrafen, machte die kirgisische Regierung die Westgrenze nach Usbekistan dicht. Doch an der Brücke von Kara-Su herrscht Ausnahmezustand: Von Grenzen oder Sicherheitskräften keine Spur. „Sie sind weggerannt, sie hatten Angst“, sagen die Leute. Auf der usbekischen Seite hat sich hinter der Brücke eine Menschenmenge versammelt, es sind 1 000, vielleicht 2 000 Demonstranten. Ein Mann steigt auf eine improvisierte

Rednertribüne. Sein Name sei Bachtijor Rachimow, sagt er, er sei ein „Vertreter des Volkes“. Mit seiner schwarzen Mütze und dem dichten Bart könnte er als Islamist durchgehen, aber in seiner Rede betont Rachimow, die Proteste hätten nichts mit Extremismus, Wahabismus oder Al-



Friedliche Szenen am Rande des Aufstands: Kinder spielen auf einem ausgebrannten PKW.

Quaida zu tun. Er ruft die Menge auf, das Gesetz des Korans zu befolgen: Es solle nicht getötet, nicht zu den Waffen gegriffen werden. Dann fordert er die Menschen auf, mutig und einig zu sein: Usbekistan sei ein reiches Land, doch die Regierung gebe den Menschen nicht die Möglichkeit, die vorhandenen Ressourcen zu nutzen. Deshalb stünden die Fabriken still, und die Menschen seien gezwungen, ungesunde Produkte aus China zu kaufen.

Am Ende seiner Rede tragen junge Männer ein Schild herbei, auf dem in roten Lettern der Rücktritt Karimows gefordert wird. In der Menge fangen die Menschen an zu diskutieren: „Die Grenze zu Kirgisien muss offen bleiben“, fordern sie, „es muss Arbeit geben, mit der Korruption muss Schluss sein.“ Eine aufgebrauchte Frau ruft wütend: „Der Staat ist reich, aber das Volk ist arm und die Kinder hungern.“ Immer wieder beteuern die Menschen, sie seien keine Extremisten, was

Karimow sage, sei alles gelogen. Ein Anführer oder eine Organisation, die hinter den Protesten steckt, ist nicht auffindig zu machen. Es gebe keine Organisation, keine Partei, sagen die Menschen, es gebe nur das Volk: Das Volk habe sich erhoben.

Als am Nachmittag der usbekische Präsident eine Fernsehansprache hält, versammelt sich alles vor den Bildschirmen. Erst spricht Karimow Usbekisch, dann Russisch – für die Journalisten. Er fordert alle Medienvertreter auf, nicht von „Aufständischen“ zu schreiben, son-

wurden ausgewiesen. Allein ein Reporter des „Kommersant“ schlüpfte durch die Kontrollen und berichtete Entsetzliches. Die Straßen seien mit Leichen gepflastert, die Stadt werde nur mit massiver Militärpräsenz gehalten. Augenzeugen gingen von bis zu 2 000 erschossenen Demonstranten aus, darunter Frauen, Kinder und alte Menschen. Nachdem die Menge auf dem zentralen Platz der Stadt sich auch nach Drohungen nicht aufgelöst hätte, habe die Miliz wahllos in die Massen gefeuert. Trotzdem werden die Demonstrationen in einigen Stadtteilen fortgesetzt, auch nachdem Sondertruppen des Innenministeriums alle Verwaltungsgebäude von den Rebellen zurückerobert haben.

Die Vorgeschichte des Blutvergießens ist verworren. Anfang Mai hatte eine Gruppe von Aufständischen das Stadtgefängnis von Andischan gestürmt, um eine Gruppe von 23 Unternehmern zu befreien, die sich nach ihrem Anführer Akroma Juldaschewa die „Akromisten“ nennen. Inhaftiert worden waren die Männer unter dem Vorwurf, eine radikalislamistische Vereinigung gegründet zu haben. Ihr Anwalt, der usbekische Menschenrechtler Saidschachon Sejnabiddinow, bezeichnet die Vorwürfe als Vorwand zur Inhaftierung von Regime-Gegnern. Nach der Stürmung des Gefängnisses bewaffneten die „Akromisten“ offenbar große Teile der Gefängnisinsassen und forderten sie auf, sich an der Revolte zu beteiligen. Gleichzeitig begannen unbewaffnete Karimow-Gegner in der Stadt eine friedliche Demonstration. Als die „Akromisten“ Polizisten als Geiseln nahmen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, gab das Innenministerium den Schießbefehl aus. Die Geiselnahmer wurden überwältigt, die Demonstration endete im Blutbad.

Noch ist unklar, was den Aufstand antreibt: Sind es spontane Erhebungen einzelner regionaler Gruppen, ist es religiös motivierte Gewalt, oder steckt eine neue postsowjetische Revolutionsbewegung dahinter, so wie in Georgien, in der Ukraine und zuletzt im usbekischen Nachbarstaat Kirgisien? Die Menschen in Kara-Su jedenfalls wollen ihre Proteste nicht nach Andischan tragen, und auch nicht in die usbekische Hauptstadt Taschkent: „Die haben dort andere Probleme“, glauben sie.

Wer waren die Opfer, wer die Täter?

Der litauische Streit um die Offenlegung von KGB-Akten gerät in die Sackgasse

Vivi Bentin

„Die Gesellschaft hat ein Recht, die Wahrheit über die Vergangenheit zu erfahren.“ So tobte die litauische Opposition zu Anfang des Jahres. Ihre Aufregung galt einem am 1. Januar in Kraft getretenen Dokumenten- und Archivgesetz: Demnach bleiben sämtliche litauischen Akten des KGBs und anderer sowjetischer Geheimdienste 70 Jahre nach ihrem Entstehungsdatum unter Verschluss. Selbst die ältesten Dokumente aus der sowjetischen Besatzungszeit könnten demnach frühestens in fünf Jahren der Öffentlichkeit preisgegeben werden.

Arvydas Anusauskas, ein Archivexperte und Mitarbeiter des Litauischen Zentrums zur Erforschung von Genozid und Widerstand kann diese Entscheidung nicht begreifen: „Es heißt, Litauen würde sonst nie mit seiner Geschichte und der Verstrickung mit dem Sowjetsystem zurechtkommen. Aber was soll dieser Aufschub? Für Völkermord kann es keine Verjährung geben.“ Eine Million

Menschen, fast ein Drittel der litauischen Bevölkerung, kam in der Zeit zwischen 1945 bis 1991 ums Leben. Beinahe jede Familie in dem heute 3,5 Millionen Einwohner zählenden Land hat Freunde oder Angehörige verloren.

Und die wollen jetzt, dass die Köpfe der Verantwortlichen rollen, und fordern Einsicht in die Akten. Besonders ein Dokument hat in den vergangenen Monaten für immer neue Diskussionen gesorgt: die KGB-Reserveliste, das einzige Dokument, das nicht unter das neue Archivgesetz fällt und deshalb eine ideale Basis für Spekulationen über Entwicklungen von hochrangigen Persönlichkeiten in „Sowjetmachenschaften“ bildet.

Fast täglich wurden neue Namen und Geschichten lanciert, es hagelte gegenseitige Beschuldigungen. Da wurde es sogar dem russischen Botschafter zu viel: Litauen sei ein Land von Skandalfeiern, sagte er der Zeitung „Respublika“.

Das einzige Interesse sei, „einander zu beschmutzen“.

Als dann auch die Namen des derzeitigen Außenministers Valionis und des Sicherheitsdienstchefs Pocius auf der umstrittenen Reserveliste auftauchten, wurde eine Sonderkommission zur Untersuchung der Fälle eingesetzt. Diese kam am 17. März zu dem Schluss, dass

„Was soll dieser Aufschub?“, fragt ein litauischer Archivexperte. „Für Völkermord kann es keine Verjährung geben.“

allein das Auftauchen eines Namens auf der Liste keine Gefahr für die Sicherheit des Landes darstelle. Zwei entrüstete Parlamentarier gingen daraufhin prompt – allerdings von vielen belächelt – in Hungerstreik, der nach einem guten Monat ohne viel Aufhebens wieder abgebrochen wurde.

Dass ein Name auf einer Liste nichts aussagt, glaubt auch der Historiker Alvydas Nikzentaitis. Er leitet das Litauische Historische Institut und ist selbst betroffen: „Der militärische Abschirmdienst hat versucht, mich anzuwerben.“ Weil Nik-

zentaitis sich weigerte, sollte er als Reserveoffizier in Tschernobyl eingesetzt werden. „Davor hat mich die Wende gerettet.“ Zu einer Beurteilung der Akten bedarf es laut Nikzentaitis einer grundlegenden Definition der Begrifflichkeiten. Was bedeutet zum Beispiel „Kollaboration“? „Schon wer einmal als Zeuge ausgesagt hat, steht auf irgendeiner Liste, und alle denken, er war beim KGB.“ Mit Pauschalurteilen sei diesen Problemen nicht beizukommen. Wer waren die Opfer und wer die Täter? „Ein undurchdringlicher Dschungel“, seufzt der Wissenschaftler.

Das ist wohl auch der Grund, warum bisher alle Anschuldigungen im Sande verlaufen sind. Indre Makaraityte ist Journalistin bei der litauischen Zeitschrift „Atgimimas“ (Wiedergeburt) und war diejenige, die Anfang des Jahres für das Wiederaufflammen des Skandals um die vermeintliche KGB-Zugehörigkeit hochrangiger litauischer Politiker gesorgt hat. Doch dass der Aufruhr Folgen haben wird, bezweifelt sie: „Keiner sagt etwas, weil jeder Leichen im Keller hat.“

MDZ-Infodienst

Russisch-lettischer Grenzverlauf unklar

Die für Anfang Mai geplante Unterzeichnung des russisch-lettischen Grenzvertrags ist erneut gescheitert. Moskau verweigerte die Unterzeichnung des Abkommens, nachdem die lettische Seite dem Vertragswerk kurzfristig eine Zusatzklärung hinzufügen wollte. Darin hieß es, der heutige Grenzverlauf werde zwar anerkannt, dennoch gebe Lettland seine völkerrechtlich abgesicherten Gebietsansprüche nicht auf. Gemeint war offenbar die ehemals lettische Provinz Pytalowo, die nach dem Zweiten Weltkrieg der russischen Region Pskow zugeschlagen wurde. Lettlands Präsidentin Vaira Vike-Freiberga, die zum Zeitpunkt der geplanten Vertragsunterzeichnung den Moskauer Siegesfeiern beiwohnte, machte die lettische Regierung für das mögliche Scheitern des Vertrags verantwortlich und forderte das Außenministerium auf, erneut Verhandlungen aufzunehmen.

Georgien: Anschlag auf George Bush?

Während seines Besuchs in der georgischen Hauptstadt Tiflis ist auf den US-Präsidenten George W. Bush mutmaßlich ein Anschlag verübt worden. Nach Angaben des Fernsehsenders CNN wurde bei einem öffentlichen Auftritt Bushs eine Handgranate in Richtung des Präsidenten geworfen. Georgische Sicherheitskräfte stellten das Wurfgeschoss am Folgetag in etwa 50 Meter Entfernung von der Rednertribüne sicher, erklärten aber, die Granate sei „nicht scharf gemacht“ gewesen. Vor Bushs Auftritt hatten sich rund 150 000 Zuschauer auf einem zentralen Platz in Tiflis versammelt. Während seiner Rede lobte Bush die georgische „Rosenrevolution“ als Vorbild des demokratischen Wandels auch für andere Länder.

Lettland: Russland soll Entschädigung zahlen

Das lettische Parlament, der so genannte „Seim“, will Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion zu Kompensationszahlungen in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar verpflichten. Damit sollen Verbrechen des sowjetischen Besatzungsregimes entschädigt werden. Eine entsprechende Deklaration wurde Mitte Mai mit 70 zu 23 Stimmen verabschiedet. Darin fordert der Seim Russland auf, die unrechtmäßige Okkupation des baltischen Staates durch die Sowjetarmee anzuerkennen und die damit verbundene „moralische, rechtliche und finanzielle Verantwortung“ zu übernehmen. Die Taten des Sowjetregimes seien „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gewesen, für die es „keine Verjährungsfrist“ geben könne.

Georgien: Streit um russische Militärbasen

Zwischen Russland und Georgien ist erneut Streit um den Abzug russischer Militärbasen ausgebrochen. Nachdem noch Anfang Mai eine Lösung greifbar schien, sagte der georgische Präsident Michail Saakaschwili wenig später seine Teilnahme an den Moskauer Siegesfeiern ab. Ausschlaggebend war eine Erklärung des russischen Außenministeriums, derzufolge der Truppenabzug während der Feiern nicht auf der Tagesordnung stünde. Nach Saakaschwilis Absage drohte die georgische Parlamentschefin Nino Burdschanadse, die russischen Basen notfalls zum Jahresende für geschlossen zu erklären und Militärangehörigen die Einreise zu verweigern. Die russische Staatsduma sprach von „Erpressung“.